

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

21.05.2024

Inhalt

EWN

1 Nun doch US-Frackinggas für Sassnitz <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 21.05.2024</i>	3
2 Über diese Brücke wurde einst die „Karlsruher Atomsuppe“ abtransportiert <i>bnn.de (BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN), 18.05.2024</i>	5
3 Asse unter <i>DER SPIEGEL, 18.05.2024</i>	7

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 21.05.2024 | S. 13

 Auflage: 23.530 | Reichweite: 79.409

 Michael Meyer

TERMINAL VOR MUKRAN AUF RÜGEN

Nun doch US-Frackinggas für Sassnitz

Die „Rias Baixas Knutsen“ kommt aus dem texanischen Ingleside am 23. Mai im Hafen Mukran an. An Bord: US-Frackinggas.

Bei der Genehmigung für das Energie-Terminal „Deutsche Ostsee“ hieß es noch: Das Gas stamme aus Norwegen. Jetzt muss der Terminal-Betreiber Regas einräumen: Am Donnerstag (23. Mai) kommt der LNG-Tanker „Rias Baixas Knutsen“ aus dem texanischen Ingleside im Hafen Mukran an. An Bord: US-Frackinggas.

Also doch: Der erste Tanker, der Frackinggas aus den USA geladen hat, ist auf dem Weg zur Insel Rügen. Die unter spanischer Flagge laufende „Rias Baixas Knutsen“ steuert nach gesicherten OZ-Informationen Mukran an.

Das Schiff ist nach Schiffstrackingdaten derzeit vor der spanischen Atlantikküste unterwegs. Der LNG-Tanker ist am 7. Mai im texanischen Ingleside bei Corpus Christi gestartet und soll Mukran am nächsten Donnerstag (23. Mai) anlaufen. Der LNG-Tanker ist auf einen Tiefgang von 11,60 Meter abgeladen. An Bord des 299 Meter langen Schiffes: Gas aus der texanischen Frackingproduktion, das über den Hafen von Ingleside verschifft wird.

Noch bei der Übergabe der behördlichen Genehmigung am 10. April im Schweriner Umweltministerium hatte Regas-Aufsichtsratschef Professor Dr. Stephan Knabe in Anwesenheit von Umweltminister Till Backhaus (SPD) betont, dass in Mukran nur LNG aus Gasfeldern vor Norwegen anlanden werde. Vor Rügen werde es auf den dort liegenden Regasifizierungsschiffen umgewandelt und über unterseeische Pipelines nach Lubmin und von dort ins südostdeutsche Gasnetz eingespeist, hieß es vom Betreiber des Terminals.

Hintergrund: Die Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“ hatte immer wieder auf Studien hingewiesen, die zumindest den Verdacht erhärten, dass Frackinggas krebserregend sei. Demnach seien die Krebsraten in den Frackinghochburgen in Texas massiv angestiegen.

Jetzt heißt es von der Deutschen Regas, da sei man wohl falsch verstanden worden. Die Aussage von Knabe habe sich auf den ersten Anlauf der „Energos

Power“, die mit Flüssiggas aus dem norwegischen Snøvith in Sassnitz ankam, und der anschließenden Lieferung der „Alexandria“ bezogen, deren Lieferung an das Energie-Terminal „Deutsche Ostsee“ ebenfalls aus Norwegen stammte.

Regas-Geschäftsführer Ingo Wagner hätte anschließend ergänzt, dass die „ersten drei Ladungen, die wir am Terminal erhalten haben und die in den nächsten Wochen kommen werden, aus Snøvith und Hammerfest in Norwegen“ stammen.

Grundsätzlich, so schreibt Regas-Sprecher Oskar Burmann der OZ, „obliegt die Entscheidung über die Lieferquelle allein dem Lieferanten, der die entsprechenden Kapazitäten des Terminals bucht“. Als Infrastrukturbetreiber sei die Deutsche Regas an die LNG-Verordnung (LNGV) gebunden. Darin seien in Abschnitt 2, §5 und Abschnitt 3, §8 die Rahmenbedingungen für die Vergabe benannt.

Burmann schreibt: „Sie besagt, dass alle angebotenen Produkte und Vergabeverfahren transparent und diskriminierungsfrei ausgestaltet sein müssen.“ Mehr also nicht. US-Frackinggas, das in Deutschland auch wegen seiner umweltschädigenden Förderung äußerst umstritten ist, wird dabei explizit nicht ausgeschlossen.

Im Klartext bedeutet das: In Mukran wird Frackinggas angeliefert und über die Regasifizierungsschiffe weiterverarbeitet und ins deutsche Netz eingespeist. Zur Beruhigung behauptet Burmann, dass die Aussage, in der Nähe von Fracking-Bohrfeldern hätte es eine Häufung (Cluster) von Krebserkrankungen gegeben, vollständig aus der Luft gegriffen und vom Nabu

Deutschland frei erfunden gewesen sein soll. Das hätte Nabu-Sprecher Sebastian Scholz (Leiter Klimapolitik) auf Nachfrage der Zeitung „Die Welt“ zugegeben. Trotzdem würde sich auf der Homepage der Umweltorganisation diese Behauptung noch immer finden.

Indes hätte „Die Welt“ nachgewiesen, dass mehrere Studien unter anderem vom Berufsverband Deutscher Geowissenschaftler (BDG), der Deutschen Geologischen Gesellschaft und des Landkreises Rotenburg-

Wümme ergeben hätten, dass es keinerlei Beweise für Zusammenhänge von Frackinggasbohrungen und Krebserkrankungen geben würde. Auch das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen (EKN) hätte bisher in Bohrungsarealen keinerlei Auffälligkeiten nachweisen können.

Ob das die Menschen auf Rügen beruhigt, darf angezweifelt werden.

RÜCKBAU DES KERNFORSCHUNGSZENTRUMS

Über diese Brücke wurde einst die „Karlsruher Atomsuppe“ abtransportiert

Das bundeseigene Unternehmen Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe (KTE) vermeldet einen wichtigen Fortschritt beim Rückbau der früheren Wiederaufbereitungsanlage bei Eggenstein-Leopoldshafen.

Die Beseitigung des atomaren Erbes der Bundesrepublik ist auch in der Hardt eine Aufgabe, die Generationen andauert: Bis zum Jahr 2070 wird der Rückbau und die Entsorgung des früheren Kernforschungszentrums Karlsruhe (später Forschungszentrum, heute KIT) und der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe bei Eggenstein-Leopoldshafen voraussichtlich dauern.

Rückbau der Anlagen beim KIT Campus Nord dauert voraussichtlich bis 2070

Vom Rückbau der kerntechnischen Anlagen am heutigen KIT Campus Nord ist von außen wenig sichtbar. Jetzt vermeldet die Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe (KTE) allerdings einen wichtigen Fortschritt: Die Wastebrücke wurde entfernen.

Das Unternehmen, eine 100-prozentige Tochter der bundeseigenen **EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen**, teilte mit, dass die Wastebrücke (Waste ist englisch für Abfall), ein abgeschirmter Rohrkanal, in der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe von 1971 bis 1990 genutzt wurde, um flüssige Prozessabfälle in das angrenzende Lagergebäude zu pumpen. Dort wurde die Flüssigkeit in abgeschirmten Tanks gelagert.

Die „Karlsruher Atomsuppe“ wird im Zwischenlager in Lubmin gelagert

Diese in der Öffentlichkeit auch umgangssprachlich als „Karlsruher Atomsuppe“ bekannte Lösung, insgesamt rund 60 Kubikmeter Flüssigkeit, wurde in den Jahren 2009 bis 2011 in der Verglasungseinrichtung Karlsruhe zu endlagerfähigem Glas verschmolzen und an das Zwischenlager Nord in Lubmin abgegeben. Die Leitungen waren laut Mitteilung der KTE bereits vor längerer Zeit entfernt worden, die Wastebrücke ist kontaminationsfrei.

Der Rückbau stellte die Fachleute dennoch vor einige Herausforderungen: „Sowohl das Prozessgebäude als auch das Lagergebäude unterliegen als sogenannte Kontrollbereiche besonderen Schutzrichtlinien. Es musste durchweg sichergestellt werden, dass beide Gebäudehüllen intakt bleiben“, heißt es in der Mitteilung.

Wie bei allen Rückbauprojekten am Standort wurde auch bei der Wastebrücke jeder Schritt mit dem Umweltministerium Baden-Württemberg als zuständiger Aufsichtsbehörde sowie dem TÜV Süd als Sachverständigem abgestimmt. Die Vorbereitung erstreckte sich daher, auch bedingt durch die Corona-Pandemie, über mehrere Jahre.

Zum Jahresbeginn wurde eine Unterstützungskonstruktion aus Stahl errichtet. Im Februar wurden 26 Blöcke zu je ungefähr vier Tonnen mittels Seilsäge herausgesägt und mit einem Einschienenkran auf den Boden abgesenkt. Der Beton wird zu Bauschutt verarbeitet in die Wertstoffkette zurückgehen.

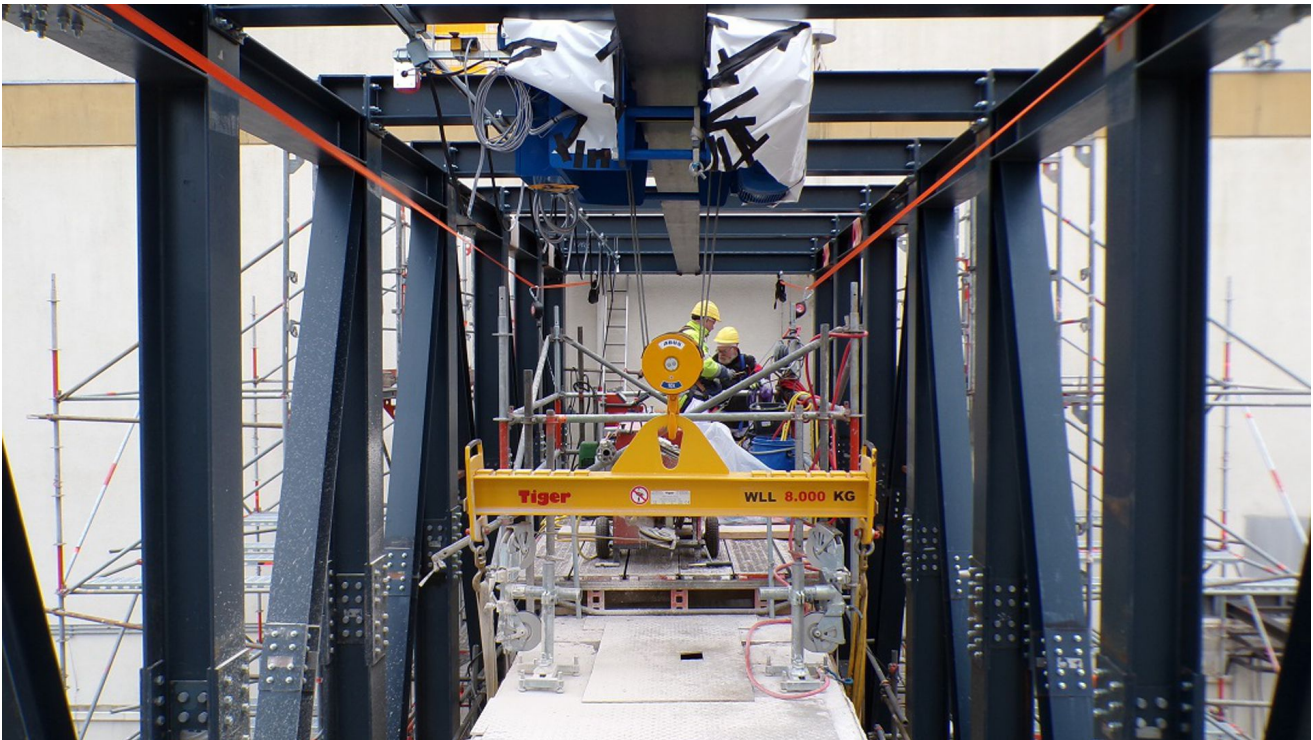
„Der Rückbau der Wastebrücke ist ein echter Meilenstein.“ - Bernhard Wiechers, Anlagenleiter

„Der Rückbau der Wastebrücke ist ein echter Meilenstein für die Wiederaufbereitungsanlage“, wird Anlagenleiter Bernhard Wiechers zitiert. „Gerade auch für die Mitarbeitenden vor Ort ist der Abbau der Wastebrücke ein sichtbares Zeichen, dass der Rückbau voranschreitet.“

Nachdem die Wastebrücke abgetragen war, wurden auch die stützende Stahlkonstruktion und der Kran deinstalliert. Weiter geht es mit dem Rückbau des Rohrkanals.

Die Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe beschäftigt derzeit etwa 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort KIT Campus Nord und wird durch das Bun-

desministerium für Bildung und Forschung sowie das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg finanziert.



Bildunterschrift: Die Wastebrücke, ein abgeschirmter Rohrkanal, über den Atommüll abtransportiert wurde, ist in diesem Jahr zurückgebaut worden. - Foto: Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe/KTE

Asse unter

UMWELT In einem ehemaligen Salzbergwerk in Niedersachsen liegt radioaktiver Müll. Schon seit Jahrzehnten dringt Wasser ein, doch jetzt schlägt die Betreibergesellschaft Alarm.

Vergangenen Mittwoch im Bundestag. Kurz bevor Regierung und Opposition wieder einmal über Sinn und Unsinn des Ausstiegs aus der Atomkraft streiten, erfahren Abgeordnete in einer kleinen Runde von einem Problem, das die Menschen in Deutschland noch lange beschäftigen wird. Iris Graffunder, die Chefin der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), ist im Umweltausschuss zu Gast. Sie spricht über die Asse, ein marodes Atommülllager in Niedersachsen.

Nur wenige Parlamentarier nehmen an der Sitzung teil, dabei ist das, was die Strahlenschutzingenieurin Graffunder berichtet, brisant: Die Asse droht abzusauhen. Ein Szenario, vor dem viele Experten seit Jahren warnen.

Vor wenigen Wochen machten die Ingenieure der BGE, die die Anlage betreibt, eine beunruhigende Entdeckung: Ein großer Teil des in die Grube eindringenden Salzwassers ist verschwunden. Bislang gelang es, einen großen Teil davon abzufangen. Nach Informationen des SPIEGEL lässt sich aber mehr als die Hälfte des eindringenden Wassers nicht mehr aufhalten – mehr als sechs Kubikmeter am Tag.

Eine Folie, die in der Tiefe das Wasser stoppen soll, ist undicht. Das Wasser kann offenbar auch nicht nach oben gepumpt werden, weil es möglicherweise durch die radioaktiven Abfälle kontaminiert wurde. Die Lage droht außer Kontrolle zu geraten. Das Atommülllager könnte schneller volllaufen, als es in den schlimmsten Szenarien beschrieben wurde.

Offenbar ist es unter diesen Bedingungen kaum mehr möglich, den Atommüll aus der Asse zu bergen. Die Betreibergesellschaft BGE erwägt deshalb nach Informationen von Insidern als eine Option, das ehemalige Salzbergwerk in Niedersachsen gezielt zu fluten und womöglich für immer zu verschließen.

Die größte Sorge der Betreiber: In den Kavernen liegen 125.787 Fässer mit den strahlenden Abfällen deutscher Kernkraftwerke, Versuchsreaktoren und Laboratorien, unter anderem 104 Tonnen Uran, 81 Tonnen

Thorium sowie 29 Kilogramm Plutonium, das nach Experteneinschätzung die größte Gefahr darstellt. Der hoch radioaktive Stoff kann bereits in Staubkorngröße tödlich sein.

Hinzu kommen viele Tonnen Giftstoffe wie Arsen, Quecksilber und nicht mehr zugelassene Pflanzenschutzmittel. Der Auflastdruck des Gesteins, so die Befürchtung einiger Experten, könnte das Giftwasser irgendwann nach oben drücken. Flüsse und Grundwasser könnten verseucht werden, die Gegend würde unbewohnbar. Völlig unerwartet kommt dieses Horrorszenerario für die Politik allerdings nicht.

Ein Donnerstag im Mai 2023: Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) lässt sich nach Niedersachsen fahren. Umgeben von leuchtend gelben Rapsfeldern lagert nahe dem Ort Remlingen in großer Tiefe der radioaktive Müll.

Im Dorfgemeinschaftshaus Zum Asseblick stellt sich die Ministerin den Fragen der Bürger. Deren Ärger ist groß. Viele, auch der Bürgermeister, verlieren jede Hemmung. Von »Falschbehauptungen« ist die Rede, von »Lügen«.

Die Moderatorin versucht gar nicht erst zu beruhigen. Die Ministerin und ihre Fachleute wirken angespannt, Lemke zwingt sich, freundlich zu bleiben. Die Situation mit dem Atommüll in der Region sei »ungerecht«, räumt die Grünenpolitikerin ein. Sie verstehe, dass Vertrauen zerstört sei. Und sie verspricht: Eine Bergung des Mülls aus dem Atommülllager »bleibt für mich das Wichtigste«. Lemkes Hoffnung wird sich nun wohl kaum noch erfüllen.

Die Verantwortlichen des Bundesamts für die Sicherheit der Nuklearen Entsorgung (BASE) wurden dem Vernehmen nach an Christi Himmelfahrt durch eine Mitteilung der Asse-Betreiber überrascht und massiv verärgert. Auf SPIEGEL-Anfrage schreibt die Betreiberin: »Die BGE verfolgt die Rückholung der radioaktiven Abfälle weiter.« Wie sich aber die Ereignisse auf Kosten und Zeitplan der geplanten Müllbergung auswir-

ken werden, könne man derzeit noch nicht beantworten.

Ärger auch bei Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne): »Ich bin besorgt«, sagt er, »das Atomdesaster in der Asse schreibt ein neues Kapitel.« Die Betreiberin müsse nun »schnellstmöglich Maßnahmen ergreifen, um die unkontrollierte Ausbreitung von Salzlösung im Bergwerk zu verhindern und die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Asse nicht zu gefährden«.

Die Geschichte der Asse als unterirdische Deponie reicht Jahrzehnte zurück: Von 1967 bis 1978 wurde Atommüll in dem stillgelegten Salzbergwerk entsorgt, um die Endlagerung radioaktiver Substanzen zu testen. Um mögliche Folgen und Risiken für die Umwelt kümmerte man sich damals kaum. Zu groß war wohl die Euphorie darüber, endlich eine Lösung für das lästige Müllproblem gefunden zu haben.

Doch die Freude währte nicht lange. Schon vor der Inbetriebnahme war bekannt, dass pro Tag 700 Liter

Wasser in die Stollen sickerten. Geologen stellten die Eignung des Standorts infrage, warnten später gar vor einem Absaufen der Asse. Sie kannten das Szenario von vergleichbaren Bergwerken in der Region.

Doch das Bundesamt für Strahlenschutz betonte noch 2015, dass die Strahlung der Abfallbehälter vergleichsweise gering sei. Sie entspreche nur dem eines »Zweihundertstel Castors«, also des Behälters für hoch radioaktive Abfälle, die direkt aus einem Atomkraftwerk kommen.

Trotzdem blieb der Plan erhalten, den strahlenden Müll aus der maroden Asse irgendwann zu bergen. Der ehemalige SPD-Politiker und frühere Umweltminister Sigmar Gabriel hatte es den Menschen in Remlingen, seinem Wahlkreis, versprochen. Es gibt sogar ein eigenes Bundesgesetz dazu: die »Lex Asse«.

Die Frage ist nun, wie lange es dieses Gesetz noch braucht. Das eindringende Salzwasser war dort jedenfalls nicht vorgesehen.